

## Stellenwert der Stahlindustrie und Anforderungen an die Stahlindustrie in Europa

Markus Ferber

Europa ist gleichermaßen eine Notwendigkeit wie eine Herausforderung. Europa als Notwendigkeit ist ein Auftrag der Geschichte. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die Jubiläen ins Gedächtnis ruft, die wir im Jahr 2014 begehen – vor hundert Jahre begann der Erste Weltkrieg, vor 75 Jahren begann der Zweite. Vor 25 Jahren endete mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer das Zeitalter des *Kalten Kriegs*. Nun ist die Welt erneut in einem tiefgreifenden Umbruch. Alte Ordnungen sind im Wandel – und wie die neuen aussehen werden, ist in vielen Regionen noch nicht recht erkennbar. Europa war als Friedensprojekt angelegt und erklärt sich aus der bewegten Geschichte des europäischen Kontinents. Aber Europa darf sich nicht ausschließlich aus der Vergangenheit legitimieren, denn auch im 21. Jahrhundert drängen große Herausforderungen: Zukunftsthemen wie Datenschutz, Klimaschutz, die Außenpolitik oder die Regulierung der Finanzmärkte erfordern gemeinsame europäische Ansätze. Deswegen ist die Europäische Union auch kein Relikt des 20. Jahrhunderts, sondern auch ein Projekt für das 21. Im Folgenden werde ich auf zwei große Themen der anstehenden Legislaturperiode genauer eingehen – die Energiepolitik sowie die Stabilisierung des Euros und die Stärkung der europäischen Wirtschaftskraft.

### Energiesicherheit in Europa

Mit dem Vertrag von Lissabon wurden in der EU erstmals energiepolitische Kompetenzen gebündelt und damit erstmals europäische Rahmenbedingungen geschaffen. Die Entscheidung über den nationalen Energiemix ist jedoch nach wie vor Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten. Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland soll die Stromerzeugung bis zum Jahr 2050 so umgebaut werden, dass die erneuerbaren Energien daran den Hauptanteil übernehmen. Die Differenzen mit unseren Nachbarstaaten, die durch die Energiewendebeschlüsse noch verstärkt wurden, liegen dabei auf der Hand. Polen plant den Einstieg in die Kernenergie und nutzt derzeit überwiegend Braunkohle zur Stromerzeugung. Und Frankreich ist Europas größter Kernenergieproduzent. Die Nuklearindustrie hat für das Land strategische Bedeutung. Eine europäische Perspektive bei der Energiewende ist daher zwingend erforderlich. Wie lassen sich Konflikte zwischen Deutschland und seinen Nachbarn auflösen? Angesichts unserer nationalen Strategieformulierung haben wir ein Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien in Europa. Und auch die deutsche Energiewende kann nur zum Erfolg werden, wenn sie auch europäisch gedacht wird. Die EU besitzt keine Gesetzgebungskompetenz dafür, den Energiemix der einzelnen Mitgliedsstaaten zu definieren. Deswegen existieren derzeit 28 nationale Energiestrategien in Europa nebeneinander und jeder Mitgliedsstaat entscheidet selbst über seinen Energiemix. Bei den Erneuerbaren Energien gibt es zwar quantitative Zielvorgaben bis 2020, die

insgesamt in Europa zu einem Anteil von zwanzig Prozent führen sollen. Was danach passiert, ist bislang noch offen. Die Folgen einer fehlenden gemeinsamen europäischen Strategie und der unterschiedlichen Positionen, von sehr ambitioniert bis hin zu gar keinen Zielen, beim Umstieg auf erneuerbare Energien sind offensichtlich. Deutschland, als zentrales Energietransitland in Europa ist durch grenzüberschreitende Netze mit allen Nachbarstaaten verbunden. Mit den westlichen Nachbarn teilt sich Deutschland sogar einen gemeinsamen Strommarkt. Über die europaweit vernetzten Stromtrassen und den EU-Energiebinnenmarkt hat der deutsche Solar- und Windkraftboom auch Auswirkungen auf andere EU-Länder. Sieht man sich den grenzüberschreitenden Lastfluss im europäischen Strommarkt an, so bahnt sich heute der Windstrom aus dem Norden seinen Weg zu uns nach Bayern über die Netze in Polen und Tschechien oder die Niederlande und Belgien. Diese Netze sind im Zuge der deutschen Energiewende und der massiven Nutzung des Windstroms enorm belastet. Deutschlands Anrainerstaaten stehen damit vor der großen Herausforderung, die eigene Energieinfrastruktur stabil zu halten. Daher ist Zusammenarbeit beim Netzausbau gefragt und Stromnetze müssen künftig europäisch geplant werden.

Um mehr Strom von Nord nach Süd durchs Land zu schicken und um nicht die Netze unserer Nachbarn zu belasten, braucht es neue Höchstspannungsleitungen in Deutschland. Der zügige Ausbau der notwendigen Netzinfrastruktur und Übertragungsnetze ist eine wesentliche Voraussetzung für eine europäische Integration der Stromsysteme und gilt als Grundlage für ein Gelingen der Energiewende. In Deutschland stellt dies das Planungsbeschleunigungsgesetz sicher und die EU-Kommission verfolgt mit dem *Ten Year Net Development Plan* (TYNDP) das europäische Gegenstück.

Die Vorteile eines gemeinsamen europäischen Energiebinnenmarkts liegen auf der Hand. Wesentliche Regelungen im Energiebereich sollen mit dem Energiebinnenmarkt harmonisiert werden, um den grenzüberschreitenden Stromhandel voranzutreiben. Die Vollendung des europäischen Binnenmarkts für Strom und Gas kommt jedoch nach wie vor nur schleppend voran. Um dies zu ändern brauchen wir den Ausbau der Energiepolitik auf europäischer Ebene und weniger nationale Alleingänge. Die deutsche Energiewende muss zum Exportschlager in Europa werden. Ziel muss es sein, dass jeder Mitgliedstaat mit einem integrierten europäischen Stromnetz den Strom liefern kann, den er auf Grund seiner Lage am besten produzieren kann. Die Spanier den Solarstrom, die Dänen Windstrom und Schweden Strom aus Wasserkraft. Ein diskriminierungsfreier grenzüberschreitender Handel wird die europäische Energieversorgung auf lange Sicht nachhaltiger, preisgünstiger und vor allem sicherer machen.

### **Europa der Stabilität und Wirtschaftskraft**

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise hat viele Gewissheiten über Bord geworfen und auch die Frage aufgeworfen, wie es mit Europa weitergehen soll. Wir haben zwei Optionen zur Auswahl: Es gibt die Schuldenunion mit Eurobonds und Schuldentilgungsfonds und es gibt die Stabilitätsunion. Das Problem der zu hohen Staatsschulden lässt sich keinesfalls mit noch mehr Staatsschulden lösen – deswegen muss die Stabilitätsunion

unser Leitbild sein. Eurobonds würden den Kampf gegen die zu hohe Staatsverschuldung einzelner Euro-Staaten erschweren. Denn Eurobonds erhöhen nicht den Druck auf Defizitstaaten ihre Schulden zu senken, sondern ermuntern sie zu einer laxen Haushaltsführung. Auch ein vorsichtiger Einstieg in Euro-Gemeinschaftsanleihen, wäre der erste Schritt zum anonymen Schulden machen und damit der falsche Weg, der Krise entgegenzutreten. Schuldensünder könnten sich über Euro-Bonds günstiger verschulden als mit ihren eigenen Anleihen. Damit fördern wir nicht den Reformeifer, sondern lediglich noch mehr Schulden. Gemeinsame Staatsanleihen funktionieren rein theoretisch nur dann, wenn auch die Haushaltsverantwortung und die Steuerhoheit auf europäischer Ebene liegen. Aber dies bedürfte einer Vertragsänderung. Deshalb sind Euro-Bonds jenseits jeglicher Vorstellungskraft - auch auf lange Sicht. Bisher haben wir eine ganze Reihe Erfolge auf dem Weg hin zu einer Stabilitätsunion erzielt: Das Europäische Parlament hat einen verstärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt durchgesetzt und wir haben dafür gesorgt, dass das Thema Wettbewerbsfähigkeit wieder stärker in den Fokus rückt. Diese Erfolge spiegeln sich in den Fortschritten wieder, die viele der Programmländer bereits gemacht haben. Griechenland erzielte 2013 einen Primärüberschuss und verzeichnet wieder Wirtschaftswachstum, Spanien und Irland sind an die Kapitalmärkte zurückgekehrt. Das zeigt, dass man mit harten Struktur-reformen durchaus etwas bewegen kann. Nun da sich die ersten Erfolge abzeichnen, dürfen wir aber keineswegs inne halten, sondern müssen weiterhin Kurs halten.

Gerade das Argument der Binnenmarktintegration darf künftig nicht länger dazu führen, dass die Europäische Kommission immer mehr Politikbereiche an sich reißt und harmonisiert. Unterschiede und Vielfalt können fruchtbar sein. Deswegen will ich ein Europa, das sich auf diejenigen Probleme konzentriert, die sich nur auf europäischer Ebene lösen lassen. Hier müssen wir kraftvoll und eng zusammenarbeiten. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen wird es gelingen, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und in Bildung und Forschung zu investieren, damit Europa auch für zukünftige Herausforderungen wettbewerbsfähig bleibt. Denn der gemeinsame Binnenmarkt, einheitliche europäische Standards und EU-Fördergelder sind es, wovon unsere Wirtschaft in Bayern und Deutschland profitiert. Oft verbindet man aber das, was aus Brüssel kommt, mit überflüssigen Detailregelungen und Bürokratie. Manchmal zu Recht, manchmal auch zu Unrecht. Vor allem KMUs klagen über die hohen Verwaltungslasten, die sich durch Nachweispflichten oder zu umfangreichen Vorschriften ergeben. Nur wenn die Vorgaben der EU auf das Nötigste beschränkt werden, wird der Mittelstand nicht übermäßig belastet und die Akzeptanz des europäischen Projekts wieder gestärkt! Deswegen steht das Thema Bürokratieabbau in der neuen Legislaturperiode ebenfalls weiterhin ganz oben auf der europäischen Agenda. Edmund Stoiber hat mit der High-Level-Group zum Bürokratieabbau in Brüssel schon eine ganze Menge geleistet und in den letzten Jahren für ein neues Denken geworben: Nicht alles, was geregelt werden kann, muss auch geregelt werden. Wir brauchen nicht immer eine Dreifach-Sicherung. Mut zur Lücke! Und zum ersten Mal wird das Empfinden der Bevölkerung, dass die EU zu viel Bürokratie verursacht, zum Maßstab der Politik gemacht. Das ist ein Quantensprung und eine große Chance für die Europäische Union.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Europäischen Union und seiner Institutionen wird sein, die Zustimmung der Bürger zur europäischen Integration zu erhalten. Hierzu kann auch ein stärkeres gemeinsames Auftreten der EU und ihrer Mitgliedstaaten in internationalen Angelegenheiten beitragen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar

Michael Heußén, Heribert Motz (Hrsg.): **Schlacken aus der Metallurgie, Band 3**  
– Chancen für Wirtschaft und Umwelt –

ISBN 978-3-944310-17-6 TK Verlag Karl Thomé-Kozmiensky

Copyright: Professor Dr.-Ing. habil. Dr. h. c. Karl J. Thomé-Kozmiensky  
Alle Rechte vorbehalten

Verlag: TK Verlag Karl Thomé-Kozmiensky • Neuruppin 2014  
Redaktion und Lektorat: Professor Dr.-Ing. habil. Dr. h. c. Karl J. Thomé-Kozmiensky,  
Dr.-Ing. Stephanie Thiel, M.Sc. Elisabeth Thomé-Kozmiensky  
Erfassung und Layout: Berenice Gellhorn, Ginette Teske, Cordula Müller

Druck: Mediengruppe Universal Grafische Betriebe München GmbH, München

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürfen.

Sollte in diesem Werk direkt oder indirekt auf Gesetze, Vorschriften oder Richtlinien, z.B. DIN, VDI, VDE, VGB Bezug genommen oder aus ihnen zitiert worden sein, so kann der Verlag keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität übernehmen. Es empfiehlt sich, gegebenenfalls für die eigenen Arbeiten die vollständigen Vorschriften oder Richtlinien in der jeweils gültigen Fassung hinzuzuziehen.